

Formen ziviler und politischer Repräsentation. Eine Bestandsaufnahme auf der  
Grundlage der philosophischen Anthropologie und der Kritischen Theorie  
Formes de représentation civiles et politiques. Une investigation à la lumière de  
l'anthropologie philosophique et de la Théorie critique

PFR Forschungsprojekt  
Groupe de recherche sur la culture de Weimar (FMSH, Paris)  
Universität Koblenz-Landau, Institut für Philosophie, Forschungsschwerpunkt „Kulturelle  
Orientierung und normative Bindung“  
Université de Luxembourg

Sei es als Selbstrepräsentation des Königs vor dem Volk oder als Vertretung des Volks im Rahmen eines konstitutionellen Rechtsstaats bildet die Repräsentation den Schlüssel, wenn nicht gar den Kern des Politischen. Nicht erst seit gestern steht sie deshalb im Kreuzfeuer der politischen Krisen. In letzter Zeit, und zwar binnen weniger Jahre, zehren aber neue Ausdrucks- bzw. Protestformen an dem bislang erreichten Gleichgewicht des demokratischen repräsentativen Systems. Selbst wenn diese neuen Formen ihren Ursprung in den sozialen Verhältnissen (wenigstens teilweise) haben, so laufen sie über Kanäle, die die herkömmliche Landschaft der politischen Öffentlichkeit von Grund auf verändern. Diese Kanäle sind als „soziale Netze“ wohlbekannt. Zur Kennzeichnung dieser Entwicklung steht auch im Französischen die Unterscheidung zwischen „social“ und „sociétal“ zur Verfügung. Wir versuchen der Eigenart dieses Phänomens durch den Begriff „zivile Repräsentation“ gerecht zu werden, womit gemeint wird, dass die neuen Ausdrucksformen aus einer anderen Sphäre als den sozialen Klassenkonflikten entspringen, aber nichtsdestoweniger den Zusammenhang zwischen Gesellschaft und Staat, Sozietät und politischem System untergraben. So wie die Zivilcourage ein Engagement für den politischen Zusammenhalt bedeutet, bedeuten sie umgekehrt für diesen eine Gefahr, die nicht geringer ist als die Klassengegensätze, an deren Stelle sie immer mehr treten. Sie manifestieren sich nicht zuletzt durch „Inzivilitäten“ und durch Bewegungen, die sich sozial und politisch schwierig umreißen und einordnen lassen. Das Projekt versucht diesem grundsätzlichen Wandel nachzugehen, der zwar mit dem Durchbruch einer radikal neuen Kommunikationsumwelt zusammenhängt, aber nicht auf „Kommunikation“ reduziert werden kann, sondern an den Grundfesten der republikanischen Ordnung rüttelt. Es kann kein Zufall sein, dass die Synergie der Beiträge zum Projekt auf eine Überlegung über die „commons“ hinauslief, d.h. auf gemeinschaftliche Güter und Werte jenseits der pseudo-demokratischen Zerstückelung.

**Erster Studientag (séminaire), Paris 19./20. Januar 2018**

Unter dem Titel *Politik des Ornaments*, der sich auf ein eigenes Buchprojekt bezog<sup>1</sup>, entwarf **Gérard Raulet** in seinen *Einleitenden Gedanken zur politischen und sozialen Repräsentation* zugleich eine semantische und historische Klärung des Repräsentationsbegriffs und eine

---

<sup>1</sup> Das Buch erscheint im Oktober 2020 unter dem Titel *Politik des Ornaments* (Münster, Westfälisches Dampfboot).

Geschichte des Wandels der Darstellungs- und Repräsentationsformen. Von der These ausgehend, dass es immer die symbolischen und ästhetischen Formen sind, in denen Politik dargestellt und inszeniert wird, die einer politischen Ordnung Sinn und Bedeutung geben, spannte er den Bogen von der vordemokratischen repräsentativen Herrschaft bis zur „präsentativen Herrschaft“ der Gegenwart, in der Übertreibung, Vereinfachung, Verkörperung als bewusste ästhetische Stilmittel eingesetzt werden und der Konsens alles andere ist als Habermas' kommunikative Verständigung über die Verbindlichkeit der besseren Gründe. Besondere Aufmerksamkeit schenkte er den Übergangsperioden des 17. und 18. Jahrhunderts, in welchen aus der Krise der Repräsentation die moderne demokratische Vorstellung der Repräsentation als Volksvertretung hervorgeht.

In einer Vorbemerkung betonte er, dass die Absicht dieses weitgespannten Überblicks lediglich darin besteht, das Perimeter der Fragestellung zu bestimmen und die verschiedenen Herangehensweisen der beteiligten Forscher aufeinander abzustimmen. Der Entwurf sei also nicht eigentlich als Denkraum zu verstehen, sondern zugleich als ein begriffsgeschichtlicher Rückblick und als programmatische Erörterung seiner eigenen Reflexionen über die zivile und politische Dimension der Repräsentation und deren Veränderungen in der „postmodernen“ Gesellschaft. Ein solches Unterfangen rechtfertigt von vorn herein, dass – ganz im Sinn eines Bildungs- und Forschungsprogramms für DoktorandInnen und Postdocs – die Herangehensweisen an die Fragestellung sehr offen gehalten und sowohl philologisch-historische als auch phänomenologische, soziologische und politikwissenschaftliche Ansätze mobilisiert werden. Angestrebt wird gerade eine pluridisziplinäre Zusammenwirkung, die der Frage Rechnung tragen soll, warum es denn um die politische Repräsentation heutzutage so schlecht steht und wie man – von den spektakulären Maßnahmen abgesehen, die dieses Übel zugleich inszenieren und „verwalten“ – tiefer sitzende Mechanismen an den Tag legen könnte.

Damit war von vorn herein der politische Rahmen der Reflexion abgesteckt. **Katrin Becker** (Universität Luxemburg) knüpfte direkt daran an mit ihrem Referat über den Psychoanalytiker und Juristen Pierre Legendre, deren Theorie der Kultur das kulturwissenschaftliche, anthropologische und politische Spektrum der Fragestellung in ihrer ganzen Breite deckt. Das Projekt setzt sich eben zum Ziel, diese umfangreiche Problematik auf keinen Fall politisch oder gar politologisch einzuengen, sondern viel eher in anthropologischer und kulturwissenschaftlicher Perspektive den Anschluss an die soziale Dimension zu suchen, die hinter der politischen Repräsentationsfassade steckt und ihr sogar zugrundeliegt.

Ausgehend von der legendreschen Prämisse, die Logik der Repräsentation stelle die zentrale Logik des menschlichen Miteinanders in der Kultur dar, ging Katrin Beckers Vortrag *Überlegungen zum Wandel der Formen juridischer Repräsentation* gegenwärtigen Wandlungerscheinungen in den Formen juridischer Repräsentation nach. Mit Blick auf die doppelte Bedeutung von Repräsentation, d.h. einmal im Sinne der Stellvertretung, der Legitimierung von Recht und Subjektivität „im Namen von“, zum anderen im Sinne der bildlichen Darstellung einer Idee oder eines Objekts, wurde dabei den Veränderungen sowohl in diskursiven und rechtlichen als auch in jenen – ästhetischen oder metaphysischen – Bereichen Rechnung getragen, die im Sinne des psychoanalytischen Ansatzes über die Adressierung des Irrationalen im Menschen für dessen Bindung an das Recht sorgen. Anhand von Beispielen aus dem geisteswissenschaftlichen sowie öffentlichen Diskurs versuchte Katrin Becker aufzuzeigen, inwiefern Verschiebungen der Positionierung des Subjekts in der Ordnung, die seine Subjektivität konstituiert bzw. legitimiert, wie auch die Perzeption bzw. Akzeptanz der dieser zugrundeliegenden Wahrheiten und Gegebenheiten nicht nur für die Kohärenz eines (kultur?)gemeinschaftlichen „im Namen von“ maßgeblich sind, sondern zudem für die Bindung des Subjekts an das Recht – und damit letztlich für die

Geltungsmöglichkeit desselben. Wie abstrakt sie in ihrer Formulierung klingen mögen, treffen diese Überlegungen ins Herz der heutigen Problematik der Repräsentation.

Ebenfalls grundlegend für die Erkundung epistemologisch brauchbarer Theorieansätze war der Beitrag von **Christian Bermes**: *Die Krisis des Politischen Subjekts*. Das Forschungsvorhaben nimmt nämlich auch seinen Ausgang von der Frage, wie und in welchen Strukturen politische Kritik einerseits und politischer Protest andererseits repräsentiert werden. Gerade diese Frage ist in der politischen Wirklichkeit Europas hoch aktuell. Nach Christian Bermes ist aber das zeitgenössische politische Subjekt in eine Krisis geraten: Zwar konstituiert es sich als kritisches Subjekt, um sich politisch behaupten zu können; es sei jedoch nicht mehr klar, in welchem Sinnmedium diese Konstitution der politischen Subjektivität durch Kritik gelingt. Während Protest nicht notwendig auf eine Repräsentation in einem Sinnmedium angewiesen ist, so kann aus Protest erst dann Kritik werden, wenn diese sich eines Sinnmediums versichert. Erörtert wird, welche Offerten die Phänomenologie, die Anthropologie und die Sozial- bzw. Gesellschaftstheorie bieten, um Kritik zu legitimieren und um daraus einen neuen Begriff der Kritik zu gewinnen, der sich seiner Repräsentationsstruktur gewiss sein kann.

Dabei wäre es unverständlich, die Kritische Theorie nicht ins Blickfeld einzubeziehen. Diese unerlässliche Konfrontation hat **Thomas Schimmer** unter dem Titel *Kein richtiges Leben im Falschen? Repräsentation und Verbindlichkeit in der Kulturkritik Horkheimers und Adornos* unternommen. Horkheimer/Adornos kulturkritische Analysen der modernen Kultur wurden im Hinblick auf die Möglichkeit ziviler Repräsentation betrachtet. Die Diagnose der Autoren, dass das Individuum in der modernen, industriell strukturierten Massenkultur verschwindet, führt dazu, dass jede Form ziviler Repräsentation zum Scheitern verurteilt ist. Dies wird durch ein Überangebot verbindlicher standardisierter Identifikations- und Handlungsangebote von Seiten der Kulturindustrie verstärkt. Wenngleich sich die Aktualität der Analysen im Hinblick auf Konsum, Medien und Kulturbetrieb aufdrängt, finden sich darin allenfalls vage Anhaltspunkte für ein Konzept gelingender ziviler Repräsentation. Abschließend wurde deshalb die Frage gestellt, ob die Idee des „richtigen Lebens“ als Bedingung für eine gelingende zivile Repräsentation nicht relativiert werden muss. Wenn es auch im Sinne der Autoren kein „richtiges Leben im falschen“ geben kann, so gibt es dennoch Leben und damit Ausdrucks- und Lebensformen, die trotz aller nivellierenden Verbindlichkeiten der modernen Kultur und ihrer Gesellschaft Ausdruck und Repräsentation finden könnten, um somit wiederum Formen der Verbindlichkeit zu stiften.

Soweit die epistemologisch-methodischen Beiträge, die zugleich bereits brennende gegenwärtige Fragestellungen umreißen. Den Konterpart bilden die philologisch ansetzenden Fallstudien, die die Probe aufs Exempel für die theoretischen Ansätze liefern und für einen philologischen Rückhalt sorgen. Beiderseits verankert ist der Beitrag von **Léa Barbisan**: *Walter Benjamin und Helmuth Plessner: Darstellungen des Leibs, vom Individuum zum Kollektiv*, weil er die Brauchbarkeit des anthropologischen Paradigmas mit demjenigen der Kritischen Theorie konfrontiert. Der Vortrag hat sich mit dem Vergleich zwischen Walter Benjamins und Helmuth Plessners philosophischen Anthropologien befasst, die beide in den 1920er Jahren entworfen wurden und die Grundlage ihrer sozialen und politischen Theorien ausmachen. Plessner und Benjamin schenken dem Verhältnis des Menschen zu seinem Leib besondere Aufmerksamkeit und entwickeln eine Definition des Menschen als „exzentrisches“ Wesen. Dass der Mensch dazu gezwungen sei, in der Spannung zwischen dem „Hier“ seines Leibs und dem „Dort“ seines Körpers zu existieren, mache ihn zum „exzentrischen“, „konstitutiv heimatlosen Wesen“ (Plessner). Die zum Teil konvergierenden Betrachtungen über die destabilisierende Verschränkung von Identität und Alterität im Menschen führen zu unterschiedlichen, gar entgegengesetzten Bewertungen der Formen politischer Repräsentation. Während Plessner die Gesellschaft zur Heimat des „heimatlosen“ Menschen

macht, ergreift Benjamin Partei für die „Masse“ als u-topisches Kollektiv. Für Plessner bürge die Gesellschaft – als Raum der Re-präsentation, der Vertretung – für die Freiheit, d.h. für die Nicht-Lokalisierbarkeit des Menschen. Für Benjamin dagegen fungiere die „Masse“ als Raum, in dem der Mensch „außer sich“ sein und somit seiner exzentrischen Natur gerecht werden könne.

An die Problematik dieser Überlegungen lässt sich der Beitrag von **Nikola Mirkovic: *Repräsentation und Vermittlung in der dialektischen Anthropologie von Alexandre Kojève***, fast nahtlos anschließen. Der Beitrag interpretiert Autorität als Merkmal gelungener Repräsentation. Dabei werden die vier Grundtypen von Autorität (Vater, Anführer, Herr, Richter), die Alexandre Kojève in einer posthum veröffentlichten Abhandlung aus den 1940er Jahren herausarbeitet, als Formen von Sozialität verstanden. Im historischen Fokus des Beitrags steht damit ein Autor, der in der Mitte des 20. Jahrhunderts in eminenter Weise zwischen Phänomenologie, Anthropologie und hegelianischer Sozialphilosophie, sowie zwischen Deutschland und Frankreich vermittelt hat. „Repräsentation“ bezeichnet bei Kojève vor allem die Vertretung einer Gruppe durch ein Individuum. Es handelt sich dabei also primär um eine soziale Praxis und ihre dialektische Dynamik, weniger um die Verkörperung einer tradierten Vorstellung. In einem zweiten Schritt wird nach den Bedingungen der spezifischen Rolle gefragt, die Kojève in den 1950er und 1960er Jahren dem Typus des „Intellektuellen“ zuschreibt. Wie kann die Vermittlung von wissenschaftlichen Diskursen in einer breiteren Öffentlichkeit gelingen? Welche Funktion hat dabei die Zuschreibung von Autorität?

Von entscheidender Bedeutung für das Gelingen des Projektes ist nun auch die Frage, die von vorn herein ins Zentrum des Vorhabens gestellt wurde und mehr denn je gestellt werden muss: Wie ist es eigentlich bewandt mit dem Umgang des sog. „politischen Liberalismus“ mit der politischen Repräsentation? Gerade am Beispiel dieser Problematik zeigt sich, wie brennend das Problem – auch heutzutage – ist. **Milan Vukurovic** fragt in seinem Beitrag *Ästhetische Freiheitsideen zwischen liberaler Ordnung und verwalteter Welt: Schiller und Adorno* nach Repräsentationsformen, allgemeiner Repräsentierbarkeit und politisch-gesellschaftlichen Implikationen ästhetischer Freiheitsideen im Zusammenhang zweier sich diametral gegenüberstehender Ansätze. Während die Untersuchungen zu Schillers Kallistik zu dem Ergebnis kommen, dass hier aus rein formaler Repräsentanz die Illusion immanenter Präsenz erzeugt werden soll, verhält es sich in der Ästhetik Adornos anders. Für ihn müssen sich authentische Kunstwerke der Illusion der Präsenz des Ganzen gerade verweigern, um einem affirmativen „Als-ob“ zu entgehen. Im Angesicht von Geschichte und der Unfassbarkeit von Totalität kann Kunst nicht mehr am Topos des Schönen festhalten, sondern muss vielmehr konsequent u-topisch werden. Aus der Unrepräsentierbarkeit ergibt sich für ihn jedoch keine generelle Absage an ästhetische Freiheitsideen. Vielmehr eignet er sich die ästhetische Tradition negativ dialektisch an, um das Ideenmaterial der Moderne (Subjektivität, Freiheit, Vernunft) durch bestimmte Negation in eine schwarz verhängte Gegenwart hinüberzuretten.

Mit der Unrepräsentierbarkeit ist ein Problem angesprochen, das in verschiedenen Formen die Geschichte der politischen Repräsentation untergräbt und deren blinden Fleck darstellt. Es bildete bereits die Grenze und die Crux von Rousseaus Ideal totaler republikanischer Transparenz und lag als Gegensatz zwischen dem Als-ob der *res publica noumenon* und ihrer Verwirklichung der ganzen politischen Moderne zugrunde. Dass es nicht nur von Adorno, sondern auch von den postmodernen Philosophen wie Jean-François Lyotard ins Zentrum der politischen Problematik gestellt wurde, bedeutet ziemlich eindeutig, dass – trotz der Absage der postmodernen Philosophie an die Idee eines unvollendeten Projekts der Moderne, das nur noch von seiner Unvollendbarkeit lebt –, beiderseits der Liberalismus mit seiner Idealisierung der sozialen und politischen Repräsentation konfrontiert wird.

Atelier vom 17.-18. Januar 2019 an der Universität Luxemburg

## **Bindung – Bann – Verbindlichkeiten**

Der Auftakt der Tagung befasste sich von zwei verschiedenen Seiten her mit Phänomenen, die den „normalen“ Verlauf der Repräsentation zum Scheitern bringen oder zumindest stark beeinträchtigen. Diese Phänomene haben als gemeinsamen Nenner ihre Verankerung in der tiefgreifenden Veränderung der Produktivkräfte und der damit einhergehenden *Veränderung der Verhältnisse zwischen Lebenswelt, Gesellschaft und Staat*. Schon um die Mitte der 1990er Jahre hat Raulet in Aufsätzen zu den gesellschaftlichen Auswirkungen der neuen Informations- und Kommunikationstechnologien<sup>2</sup> gezeigt, wie ihr Funktionieren selbst sowohl die Repräsentation als Darstellung als auch die politische Repräsentation in Frage stellt. Der vereinte Durchbruch der Performativität und der Expressivität tendiert dazu, alle Formen eines „symbolischen Dritten“<sup>3</sup>, sei es der Konsens im Sinne von Habermas oder der republikanische Rechtsstaat, auszuschalten und zu überspringen.

Katrin Becker

Der Vortrag *Digitale Verbindlichkeiten und der Bann der Blockchain – das Ende der Repräsentation?* widmete sich der Frage, inwiefern die Repräsentationslogik im Sinne von Pierre Legendre durch die technologischen Neuerungen an Gültigkeit bzw. Geltungskraft verliert. Im Sinne ihres Einflusses auf die Gestaltung der Repräsentationsgrundlagen von Kultur (wie sie Alain Supiot versteht) sowie ihrer prägenden Kraft auf die Selbst- und Weltwahrnehmung von Subjekten (im Sinne Walter Benjamins und Bruno Latours) wurde insbesondere die Digitalisierung als Matrix der Zersplitterung traditioneller Repräsentationssysteme bzw. der Störung bestehender repräsentationslogischer Bindungen herangezogen. So wurde dargelegt, wie die „*gouvernementalité algorithmique*“ (Rouvroy) zu einem Auseinanderdriften der – zunehmend auf unhinterfragbaren, da numerischen Wahrheiten beruhenden – politisch-juridischen Repräsentationen von Welt einerseits und der mehr und mehr individualisierten Welt- und Selbstwahrnehmungen der Subjekte andererseits führt, und damit zu einer immer stärkeren Abwendung der Subjekte von sämtlichen traditionellen Institutionen. Abschließend stand die Blockchain-Technologie im Fokus, die in ihrem Bestreben, den Vertrauen schaffenden Dritten abzuschaffen, als eindringliches Beispiel dafür gelten kann, wie sehr die technologische Struktur einer Kultur die Vorstellungen des Wie und Wodurch der Repräsentation prägt – und zwar entweder im Sinne einer Reaktion auf gesellschaftlich sich abzeichnende Entwicklungen, oder als Auslöser solcher Entwicklungen.

Gérard Raulet

In seinem Referat *Was passiert, ist unvorstellbar. Vom Umgang mit dem Repräsentierbaren* ging Raulet von dem bis vor kurzem unvorstellbaren Phänomen der sog. Gelben Westen aus und hinterfragt die Grenzen der politischen Repräsentation, die es an den Tag legt. Mit den

---

<sup>2</sup> „Die neue Utopie. Die soziologische und philosophische Bedeutung der neuen Kommunikationstechnologien“, in Manfred Frank/Gérard Raulet/Willem van Reijen (Hg.): *Die Frage nach dem Subjekt*, Frankfurt a.M., Suhrkamp, 1988. Jochen Hörisch, Gérard Raulet, *Soziokulturelle Auswirkungen moderner Informations- und Kommunikationstechnologien in der Bundesrepublik Deutschland und in Frankreich*, Frankfurt a.M., Campus, 1992. „Neue Medien, neue Öffentlichkeit?“, in Wolfgang Hoffmann-Riem/Thomas Vesting (Hg.), *Perspektiven der Informationsgesellschaft*, Hamburg, Hans-Bredow-Institut 1995 (S. 31-46).

<sup>3</sup> Cf. Raulet, *Chronique de l'espace public*, Paris, L'Harmattan, 1994, S. 219-222.

von Katrin Becker analysierten Erscheinungen hat es gemeinsam, dass die neuen IuK-Technologien – in diesem Fall die „sozialen Netze“ – den Ausbruch der Krise maßgeblich bedingt haben. Raulets Hypothese ist, dass der Konflikt an der Nahtstelle zwischen dem System (d.h. der verwaltenden Rationalität, der etablierten Staatsform mit ihren verfassungsrechtlichen Grundsätzen) und der Lebenswelt zu verorten ist. Ausgelöst wird das Aufbegehren von lebensweltlichen Ressourcen durch den Rückbau des Sozialstaats zu einem um sich greifenden Prekariat einerseits, durch den Politikverdruss und den zunehmenden Vertrauensverlust gegenüber der politischen Repräsentation andererseits. Was häufig abwertend als Populismus denunziert wird, hat seinen Schwerpunkt in *zivilen* Formen des Protestes, in „Formen nicht repräsentativer Demokratie, nicht-staatliche[n] Bräuchen und Gewohnheiten“, die nicht vom Tisch zu wischen sind, sondern einer eingehenden Analyse wert sind. Zu diesem Zweck griff Raulet auf die theoretischen Ansätze zurück, die im Anschluss an die Platzbesetzungen in Ägypten oder Griechenland, an die Bewegung „Nuit debout“ gegen die Reform des Arbeitsrechts 2016 und vorher an „Occupy Wall Street“ entwickelt wurden. Er stützte sich unter anderem auf Judith Butlers Buch *Notes Toward a Performative Theory of Assembly* (2016) und betonte mit ihr den starken körperlichen Anteil an der demokratischen Performativität. Abschließend fragte er, wie diesem Ausbruch von Expressivität mit den Mitteln der vorherrschenden soziologischen und politischen Theorien begegnet werden kann. Die eindeutige Schwäche der prozeduralen Denkweise besteht darin, dass sie nicht (oder nur schwerlich) das Reservoir an demokratischen Forderungen erschöpfend übersetzen kann. Der Preis für die politische Übersetzung der Lebenswelt ist deren Verschwinden oder ihr Weiterbestehen einzig und allein als „Gesellschaft gegen den Staat“. Das gilt umso mehr für innovative Prozesse, die von den eingefahrenen Ritualen abweichen. Weil Nicht-Repräsentierbarkeit – gewollt oder erlitten – überwiegt, scheint es auf jeden Fall geboten, den *non-representational theories* den Vorzug zu geben. Diese haben wenigstens den Vorzug, einerseits zu der theoretischen Untermauerung der „Postdemokratie“ und zur Bekämpfung der damit oft einhergehenden Akkommodation mit dem sog. Illiberalismus beizutragen. Demokratische Institutionen existieren zwar noch formell, aber von dem konstitutionell vorgesehenen Abhalten von Wahlen abgesehen wird die Beteiligung der Bürger auf ein Mindestmaß reduziert und hinter dieser Inszenierung wird die Politik hinter verschlossenen Türen gemacht.<sup>4</sup>

## Bruno Quélenec

Die Philosophie des argentinischen Intellektuellen Ernesto Laclau (1935-2014) und der belgischen Theoretikerin Chantal Mouffe (geb. 1943) erfährt heute eine massive Rezeption innerhalb der europäischen Linken, besonders innerhalb von *Podemos*, der *France Insoumise* und der von Sarah Wagenknecht gegründeten „Aufstehen“-Bewegung. In seinem Vortrag *Alles Populismus oder was? Demokratie und die Repräsentationsformen des ‚Volkes‘ in der politischen Philosophie Laclaus und Mouffes* hat sich Bruno Quélenec mit den Stärken und Ambivalenzen ihres theoretischen und politischen Projekts auseinandergesetzt und sich dabei vor allem auf die Schriften Ernesto Laclaus konzentriert. In einem ersten Teil wurde der Populismus-Begriff des argentinischen Intellektuellen anhand von *On Populist Reason* rekonstruiert und sein Ansatz mit den Arbeiten von Jan-Werner Müller und Karin Priester verglichen (I). In einem zweiten Teil wurden die Implikationen seiner Populismus-Theorie für seine Auffassung von politischer Repräsentation und radikaler Demokratie offengelegt (II).

---

<sup>4</sup> Vgl. Raulet, „Demokratischer Umbruch – Zur Krise der Repräsentation in Frankreich“, *Sozialwissenschaftliche Literatur-Rundschau* 1/2020, 90-101.

Quélenec hat gezeigt, dass die Frage der symbolischen Repräsentation für Laclau von großer Bedeutung ist. Für Laclau entstehen nämlich soziale Interessen und Identitäten erst durch ihre diskursive Artikulation, d.h. ihre politische „Repräsentation“ (im breiten Sinne des Wortes); es gibt also bei ihm eine Art *Primat* des Repräsentanten gegenüber dem Repräsentierten. Die problematischen Aspekte dieser theoretischen Konstruktion wurden am Ende des Vortrags in thesenartiger Form dargestellt. Problematisch an Laclaus Theorie der symbolischen Repräsentation ist *erstens*, dass sie leicht als ein *Top-Down-Modell* verstanden werden kann. Manchmal kommt der Verdacht auf, Laclau würde dafür plädieren, mittels Volks-Anrufungen Propaganda zu betreiben, um eine unaufgeklärte Masse in den Dienst der „richtigen Sache“ zu stellen. So gesehen wäre Laclaus Linkspopulismus ein Populismus *tout court*, der mit Demokratie wenig zu tun hat. *Zweitens* erschöpft sich radikale Demokratie nicht in dem Auftreten neuer Kollektive auf der politischen Bühne. Denn es kann durchaus der Fall sein, dass jene Kollektive, die sich als „das Volk“ präsentieren, *reaktionärer und nicht revolutionärer Art* sind. Völkische Partisanen, Steuerverweigerer, faschistische Bewegungen und salafitische Mobs sind zum Beispiel, wie Ingo Elbe hervorhebt, zwar zornig und rebellisch, aber keine „herrschaftskritischen Akteure“. *Drittens* ist an dieser Theorie der „radikalen“ Demokratie kritisch anzumerken, dass sie sich gar nicht für eine Zunahme der *Partizipation* der Staatsbürger an der politischen Willensbildung interessiert. Laclau fokussiert viel zu sehr auf die Rolle der Leaders und vernachlässigt das kritische Potential basisdemokratischer Mechanismen.

#### Johan van der Walt

Da (nicht zuletzt unter dem Druck der politischen Aktualität) der Schwerpunkt sich auf das Problem des Populismus verlagert hatte, galt es nach der Provokation des Auftakts auf die politisch-juristischen Hintergründe einzugehen. Den Beitrag von Johan van der Walt – *The gift of time and the hour of sacrifice. Towards a fundamental phenomenology of the essential difference between liberal democratic and populist responses to social crises* – resümieren wir hier gemäß der englischen Originalfassung.

George Orwell wrote a review of Adolf Hitler's *Mein Kampf* in which he made the following observation: “[H]uman beings don't only want comfort, safety, short working hours, hygiene, birth control and, in general, common sense; they also, at least intermittently, want struggle and self-sacrifice, not to mention drums, flags and loyalty-parades.”

This observation of Orwell's was brought to my attention by Philip Stephens in a *Financial Times* article that sought to make sense of the rise of populist politics in Europe and the United States in our time; a development that came startlingly to a head with the British referendum that triggered Brexit and the election of Donald Trump as President of the United States in October 2016. My paper presented at the January Workshop in Luxembourg engaged with this passage from Orwell's discussion of Hitler's *Mein Kampf* and Stephens' reading of it in the *Financial Times*. It described or explained the difference between liberal and populist/fascist responses to times of crisis in terms of the difference between the liberal economy of the gift and the illiberal economy of sacrifice, and scrutinised the possibility of a stable distinction between these two economies with reference to especially Marcel Mauss and Jacques Derrida.

#### Oliver Kohns

Der Beitrag von Oliver Kohns „Große Verbrecher – literarische und politische Nicht-Repräsentation des Schurken/Räubers (zu Shakespeare und Schiller)“ knüpfte an Themen, die auf dem ersten Treffen des Projektes (Paris, Januar 2018) erörtert worden waren, aber er

behandelte sie eher unter dem Gesichtspunkt der Nicht-Repräsentierbarkeit, der insb. infolge der Legitimitätskrise in Frankreich (Aufstand der „gelben Westen“) einen wichtigen thematischen Schwerpunkt des Luxemburger Workshops dargestellt hat.

Das theatralische Modell monarchischer Repräsentation spielte eine wichtige Rolle in den Legitimationsdiskursen der absolutistischen Herrschaft. Jedoch entwickelte sich bereits vor der Revolution das Modell der Öffentlichkeit als dem zentralen Ort der Repräsentation. Die dramatische Re-Inszenierung der politischen Theatralik reflektiert vor allem das Problem der *Darstellbarkeit*, insbesondere der Vollständigkeit des Darstellbaren. Dieses Unrepräsentierte kann dann als das An-Ästhetische, Abjekte und Ausgeschlossene mit dem Hässlichen und Bösen assoziiert werden. Shakespeares Historiendrama „Richard III.“ führt die Ab- und Ausgrenzung Richards szenisch vor, indem dieser immer wieder direkt zu dem Publikum spricht, um diesem seine Pläne und Listen zu enthüllen. Hier wird das im System der politischen Repräsentation strukturell Undarstellbare und Unsichtbare vorgeführt: das Innere Richards. Schillers Drama „Die Räuber“ reflektiert schließlich über das aus dem neuen, post-monarchistischen System der politischen Repräsentation Ausgeschlossene. Nicht nur auf der Ebene der Diskurse, sondern auch auf der des dramatischen Personals öffnet sich Schillers Stück den politisch Unter- und Nichtrepräsentierten, den Bettlern und Räufern, dem sozialen Bodensatz.

## Johannes Pause

In seinem Beitrag „Vermessungen der Hinterbühne. Das politische Begehren Hollywoods“ setzte sich Johannes Pause mit filmischen Reflexionen parlamentarischer Demokratie auseinander. Bildet die Theaterbühne im klassischen Hollywood-Kino, etwa in Frank Capras *Mr. Smith Goes to Washington* (USA 1939), noch die Kernmetapher demokratischen Geschehens, wird ab den 1960er Jahren eine zunehmende Problematisierung dieser Bühnenhaftigkeit erkennbar, die sich unter anderem auf den Einfluss neuer technischer Medien zurückführen lässt. Unter Bezugnahme auf medientheoretische Ansätze, die Joshua Meyrowitz in den 1980er-Jahren in Auseinandersetzung mit Erving Goffmans Begriffen der Vorder- und Hinterbühne entwickelte, vollzog Pause nach, wie es dabei zunächst zu einer Problematisierung der durch diese neuen Medien entstehenden „Seitenbühnen“ (Meyrowitz) kommt. Auf sie folgt im Paranoia-Kino des New Hollywood der 1970er-Jahre eine regelrechte Dämonisierung der Hinterbühne, die nun als Ort einer allmächtigen Konspiration erscheint. Diese ‚Krise der Bindung‘ schlägt in den Filmen der 2010er-Jahre, etwa in *Ides of March* (USA 2011), in einen Totalitarismus der Vorderbühne um, im Zuge dessen alle Arkanbereiche der Politik ins Licht der Öffentlichkeit gezerrt werden. Der Vortrag suchte aufzuzeigen, dass das Hollywood-Kino trotz seiner durchgehenden Skepsis gegenüber der in der Demokratie notwendig unvollständig bleibenden politischen Repräsentation eigene Denkformen entwickeln kann, um die Legalität und Verbindlichkeit dieser Repräsentation zu reflektieren.

Während die soeben vorgestellten Referate sich mit aktuellen Formen von Infragestellungen bzw. Entgrenzungen der Repräsentation befassten, bemühte sich eine zweite Gruppe von Beiträgen um eine Klärung der Grundbegrifflichkeit der Repräsentationsfrage, von der Autorität als starker Form von Verbindlichkeit bis hin zu Formen schwacher Normativität.

Christian Bermes

*Verbindlichkeit. Stärken einer schwachen Normativität*

Das Konzept der „Verbindlichkeit“ wird im deutschen Sprachgebrauch nicht selten synonym mit „Verpflichtung“ benutzt. Gleichwohl zeigt die Begriffsverwendung und die Begriffsgeschichte von „Verbindlichkeit“ eine Tiefenstruktur, die gegenüber dem engeren Begriff der Verpflichtung facettenreicher ist und sich zur Entschlüsselung kultureller Repräsentationsordnungen eignet. Der Beitrag diskutiert das Konzept der Verbindlichkeit als eine „kulturelle Tatsache“ in dem Sinne, dass mit der Etablierung von „Kulturellen Tatsachen“ einerseits repräsentative Ordnungen etabliert werden, die andererseits – und mit der Einrichtung solcher Ordnungen auf Vorgegebenheiten hinweisen. In dieser Dialektik entfaltet der Beitrag die Tiefenstruktur von „Verbindlichkeit“, indem die „kulturellen Funktionen von „Verbindlichkeit“ im Sinne (a) einer Tugend zur Qualifikation einer Person, (b) einer asymmetrischen Beziehung zwischen Menschen in Rechtsverhältnissen, (c) von Regeln des Handelns und (d) von Auszeichnungen von Überzeugungen historisch und systematisch erörtert werden. Konzeptionell gefasst und strukturiert wird diese Einteilung mit den Konzepten der „constantia“ (als Tugend), der „obligatio“ (in Anlehnung an das Römische Recht), der „regulae“ (im Sinne von Praxisregeln) und der „certitudo“ (im Sinne von sicheren Überzeugungen). Dabei wird im Einzelnen erörtert, wie diese Aspekte der Verbindlichkeit unterschiedlich repräsentiert werden, beispielsweise die „constantia“ im Habitus, die „obligatio“ in kodifizierten Rechtssystemen und die „regulae“ in Lebensformen und Sprachspielen. Mit Blick auf die Verbindlichkeit im Sinne der „certitudo“ stellt der Beitrag heraus, dass in diesem Fall der Modus der Repräsentation nicht einfach fixiert werden kann, Verbindlichkeit als „sichere Überzeugung“ jedoch ihre kulturelle Wirksamkeit entfaltet.

Nikola Mirkovic

Der Beitrag von Nikola Mirkovic (*Zur Ontologie und Kritik von Autorität. Ein Vergleich zwischen den Konzeptionen von Kojève und Adorno*) verglich die philosophischen Auffassungen von Autorität, die Theodor W. Adorno und Alexandre Kojève in den 1940er Jahren unabhängig voneinander entwickelten. Während Adorno im Exil in Kalifornien an sozialpsychologischen Studien zum „autoritären Charakter“ von den für faschistische Ideologien besonders anfälligen Personen mitarbeitete, entwickelt Kojève in Marseille zu der Zeit der deutschen Besatzung und des Vichy-Régimes eine umfassende Typologie und philosophische Begründung verschiedener Formen von Autorität. Methodisch ist die Herangehensweise an die Frage nach der Bedeutung von Autorität völlig verschieden. Adorno verbindet die sozialpsychologische Arbeit in Form von Interviews und Fragebogenstudien mit ideologiekritischen und psychoanalytischen Reflektionen zum Interviewmaterial. Kojèves Theorie ist im engeren Sinne philosophisch und umfasst verschiedene Ebenen, von der phänomenologischen Analyse über die Metaphysik bis zur Ontologie, die eine jeweils tiefere Fundierung der Typologie von Autorität beanspruchen. Die beiden Ansätze lassen sich als komplementär interpretieren. Kojève entwickelt Autorität als deskriptive Kategorie, mit der sich funktionale Asymmetrien moralisch rechtfertigen lassen. Sie kann in diesem Sinne auch als Merkmal legitimer und gelungener Repräsentation verstanden werden. Adorno wiederum weist auf die gesellschaftlichen Gefahren eines übersteigerten Bedürfnisses nach Autonomie hin. Am Beispiel der Rolle des Vaters in einer Familie (bzw. der Autorität von Eltern), zeigt sich wiederum das beide Autoren in bestimmten Hinsichten zu Vereinseitigungen neigen. Eine Rechtfertigung von Autorität als eines unter bestimmten Bedingungen sinnvollen Modus in sozialen Beziehungen, sowohl im pädagogischen als auch im politischen Kontext, muss daher über den Vergleich dieser beiden Ansätze hinausgehen.

## Léa Barbisan

In ihrem Referat *Das Volk und die Masse. Überlegungen zu Claude Leforts These der „Entkörperung der Macht“* setzte sich Léa Barbisan erneut mit Claude Leforts 1983 veröffentlichtem Aufsatz *La question de la démocratie* auseinander. In diesem Aufsatz formuliert Lefort seine berühmte, vielfach diskutierte These, nach welcher „der Ort der Macht“ in der Demokratie leer sei. Der politische Bruch der Französischen Revolution mit dem Ancien Régime habe, so Lefort, eine radikale Umstrukturierung der symbolischen Ordnung ausgelöst. Diese Umstrukturierung, die er als Entleerung des „Orts der Macht“ bezeichnet, interpretiert er als eine „Entkörperung der Macht“. Mit dieser Behauptung spielt Lefort implizit auf Lacans Theorie vom Spiegelstadium an, nach der das Selbstbewusstsein sich erst durch das Erblicken des eigenen Bildes im Spiegel sich konstituiert. Das Erkennen des Spiegelbilds fungiert somit als „primordiale Matrix des Ichs“, ist jedoch ein Erkennen, das eigentlich sich als Verkennen entpuppt. Lefort zieht die Konsequenzen aus Lacans These auf der politischen Ebene. In ihrem Vortrag diskutierte die Referentin die Implikationen einer solchen „Entkörperung der Macht“: Wie soll man sich eine symbolische Ordnung vorstellen, die auf einem Mangel – dem fehlenden Spiegelbild – beruht und jedoch Einheit stiftet und ein kollektives selbstbewusstes *Subjekt* – das Volk – produziert? Hiermit knüpft Léa Barbisan an den Schwerpunkt der populistischen Problematik an.

## Olivier Agard

*„Krise und Erneuerung der Verbindlichkeit in der Moderne: Georg Simmels Ansatz“*

Simmel wird oft zu den Kulturkritikern der Jahrhundertwende gerechnet. Zur Kulturkritik gehört die Idee eines Sinnverlustes als Folge der Säkularisierung der Gesellschaft. Bei Simmel kommt auch diese Thematik des Sinnverlustes vor: Er knüpft in dieser Hinsicht an klassische Gedanken der kulturkritischen Tradition an. Simmel hat aber ein ambivalentes Verhältnis zu der vom Kulturkritiker Rudolf Eucken hervorgehobenen Kategorie der Totalität. Für Simmel ist die Idee einer einheitlichen politischen Gemeinschaft, sei es in der romantischen Form einer Kulturgemeinschaft, sei es in der republikanischen Form einer politischen Gemeinschaft, nicht mehr mit dem modernen Individualismus vereinbar. Man könnte meinen, dass Simmel jedoch an der Idee an einer individuellen Totalität festhält, denn die individuellen Synthese, zum Beispiel die neuen Formen des Individualismus, die in der Großstadt entstehen sollen, haben das Ziel, den Riss zwischen Mensch und Welt zu überwinden und eine Einheit der Persönlichkeit zu schaffen. Aber auch in individueller Hinsicht ist die Totalität für Simmel ein Grenzbegriff: Konkret kann sie nur noch ein spannungsvolles, dynamisches und problematisches Gleichgewicht sein. Selbst die „Geselligkeit“, die eine ideelle und harmonische Welt schafft und an Schillers „ästhetischen Staat“ erinnert, ist eher ein regulativer Begriff und keine dauerhafte Lösung der Antinomen der Vergesellschaftung. Von Schiller ausgehend geht Simmel deutlich in eine andere Richtung: Es geht ihm nicht mehr um die Versöhnung zwischen Sinnlichkeit und Vernunft, sondern um die Revision des bildungsbürgerlichen Individualismus, zu dem er ein ambivalentes Verhältnis hat. Man kann sagen, dass Simmel mit diesem Geselligkeitsbegriff eine neue, demokratischere Version des „ästhetischen Liberalismus“ der bildungsbürgerlichen Tradition entwirft, auch wenn Simmel mit dieser Tradition eine gewisse Abneigung gegen die Politik und eine entpolitisierte Auffassung der Gesellschaft teilt.

Das Referat von Agard wirft somit anhand von Simmels Auffassung der Geselligkeit, die nicht von ungefähr in der Postmoderne wieder populär wurde, wiederum die zentrale Frage des Forschungsprojektes auf: Wie verhalten sich die politischen Formen der Repräsentation

zu den gesellschaftlichen bzw. „zivilen“ Ausdrucksformen? Oder umgekehrt: Inwiefern haben letztere sich in den letzten Jahrzehnten dermaßen verändert, dass sie an den klassischen Grundfesten politischer Repräsentation gezehrt haben und deren Neubegründung notwendig machen, wenn von Begründung überhaupt noch die Rede sein kann? Gehört die Verbindlichkeit, die ja, wie gesehen, in der ganzen politischen Tradition im Mittelpunkt der repräsentativen Problematik („Entkörperung“, „Entleerung“, Artifizialität der Repräsentation etc.) stand, in die Rumpelkammer der demokratischen Geschichte<sup>5</sup>, oder treten neue Formen der Verbindlichkeit auf, die bei aller Schwäche sich alles in allem als ebenso grundfest erweisen als die früheren?

## **Protest und Kultur**

**Tagung Landau, 06.06./07.06.2019<sup>6</sup>**

Im dritten Workshop der Forschergruppe stand die Frage im Zentrum, wie Kultur als ein Mittel des Arrangements von ziviler und politischer Repräsentation verstanden werden kann. Mit dieser Frage verbindet sich das Problem, die Differenz von Kultur zu bestimmen (also Natur) und zu erörtern, was Natur mit Blick auf Kultur bedeutet. Ebenso ergibt sich die Frage nach der Einordnung von modernen Protestbewegungen neu, wenn die Beziehungen zwischen Kulturkritik und Gesellschaftskritik angesichts von Repräsentationsstörungen in den Blick kommt. Und schließlich stellt sich in einer solchen Perspektive deutlich die Frage nach dem Verhältnis von Medien, Öffentlichkeit und liberaler Demokratie.

Agnès Grivaux

*Eine Rache der Natur? Die Krise der Repräsentation im Lichte von Adornos und Horkheimers Theorie der Bedürfnisse*

Der Vortrag „Eine neue Rache der Natur? Die Krise der Repräsentation im Lichte von Adornos und Horkheimers Theorie der Bedürfnisse“ widmete sich der Frage, inwieweit die aktuelle Krise der Repräsentation das Problem der Stellung des Körpers und dessen Bedürfnisse und Triebe im politischen Bereich wieder hervorgehoben hat. Um sich mit diesem Thema zu befassen, nahm der Vortrag eine genetische Perspektive ein. Es galt zu erforschen, wie diese Frage im Korpus der kritischen Theorie mit den Überlegungen Adornos und Horkheimers über den Begriff des Bedürfnisses, im Dialog mit der philosophischen Anthropologie und der Psychoanalyse, umgesetzt wurde. In den Schriften der 1940er Jahre entwickeln nämlich Adorno und Horkheimer das Motiv der Rache der Natur, um sich mit der Artikulation zwischen der politischen Krise und der Frage des Körpers zu befassen. Mit diesem Motiv wurde deutlich gemacht, inwieweit das soziale Prinzip der Selbsterhaltung, das zentral für die moderne kapitalistische Gesellschaft wird, zu einer Nicht-Befriedigung der grundlegendsten körperlichen Bedürfnisse führen kann. Adorno und Horkheimer zufolge führt diese Nicht-Befriedigung, die aus dem Scheitern einer politischen Befriedigung der körperlichen Bedürfnisse entsteht, zu zwei Formen des Scheiterns der politischen Repräsentation: die faschistische Propaganda und die bürgerliche Kälte. Mit Nuancen könnte

---

<sup>5</sup> Wie es die neuen Formen der Machteroberung „über die Parteien hinweg“ und aufgrund von einseitigen Versprechungen, die von keinerlei konstitutionellen Instanz oder demokratischen Verfahrensweisen garantiert sind, nahelegen. Die von der Macron-Regierung organisierte „grand débat“ läuft hinterher und versucht diesen Mangel auszugleichen.

<sup>6</sup> Ursprünglich geplante Abschlusstagung. Infolge der sanitären Situation musste auf ein Ergänzungstreffen verzichtet werden, das zunächst im Juni 2020, dann im November 2020 hätte stattfinden sollen, und das dazu gedient hätte, die Ergebnisse des Projektes zu besprechen und abzurunden.

dieses Motiv der Rache der Natur aktualisiert werden: in der aktuellen Krise der Repräsentation konfrontieren sich populistische Leader mit Technokraten und Führungs-Eliten, aber keiner dieser beiden Pole gibt eine Antwort auf das Problem der Bedürfnisse. Es geht entweder um die Freiheit und Verantwortung des Einzelnen, oder um die Strategie professioneller Manipulatoren, die dieses Thema politisch ausnutzen werden, ohne es wirklich zu behandeln. Zuletzt wurde aufgezeigt, inwiefern die unvollendeten Überlegungen Adornos und Horkheimers über die Frage der körperlichen Bedürfnisse wertvoll sein könnten, um sich mit diesem Problem zu befassen.

Ralf Becker

### *Zurück zur Kultur? Krise und Kritik*

Der Beitrag entwickelte drei Thesen: (1) Wenn Aufklärung Kritik ist, dann schließt die Dialektik der Aufklärung eine Dialektik der Kritik ein: Universalistische Kritik, der sich *alles* unterwerfen muss, tendiert dazu, ihre eigene Grundlage zu unterwandern; dies sind die institutionellen Ressourcen, die das kritische Geschäft allererst absichern. (2) Zu diesen kritikabsichernden Ressourcen zählt, unter anderem, auch ein Ethos der Distanz, wie es die bürgerliche Gesellschaft entwickelt hat. Der gesellschaftliche Rahmen, in dem Kritik öffentlich stattfindet, ist ein Repräsentationsraum *vermittelter* Unmittelbarkeit. Moralen, Politiken oder Technologien, die Vermittlung in reine Unmittelbarkeit transformieren, entsichern gerade den Diskurs, den sie herbeibeschwören und naturalisieren dadurch Kultur. Denn Kultur *ist* Vermittlung. Der Abbau ziviler Umgangsformen führt dagegen in Naturzwänge zurück. (3) Wenn die beiden voranstehenden Thesen zutreffen, dann ist ein Ende der eingangs skizzierten Krisen nicht abzusehen. Vielmehr wäre angesichts der Dialektik aufklärerischer Kritik und der Deflation des moderierenden Distanzethos zu erwarten, dass die beschriebene gesellschaftliche Polarisierung noch stärker zunehmen wird. Der von Kant beschriebene „gemeinschaftliche Sinn“ (*sensus communis*) ist eine *notwendige* Bedingung für gesellschaftlichen Zusammenhalt, er schafft die Voraussetzung für jeden Diskurs. Aber der gemeine Menschenverstand ist keineswegs auch schon eine *hinreichende* Bedingung. Es genügt nicht, ihn bloß einzufordern, er muss auch kultiviert werden. Eine Streitkultur entsteht nicht auf Zuruf, sie bedarf eines Ethos, das sich in Gewohnheiten und Umgangsformen artikuliert. Ohne diese Zivilität keine Kultur und ohne Kultur bleibt der gemeine Menschenverstand bloß individuelle Anlage. Den spätmodernen Gesellschaften scheint jedoch immer mehr die verbindende *communio* des *sensus communis* verloren zu gehen. Die weitere Partikularisierung des öffentlichen Diskurses ist so lange zu erwarten, wie die angeführte Naturalisierung der Kultur voranschreitet.

Milan Vukurovic

### *„Es gibt kein Volk.“ Probleme der Repräsentation und die Frage nach dem Souverän: Rousseau-Kant, Schiller-Humboldt*

Vor dem Hintergrund aufgeregter Protestrufe aus den Reihen der AfD bezüglich der Äußerungen Robert Habecks zum Begriff „Volksverräter“ fragt der Beitrag „Es gibt kein Volk.“ – *Probleme der Repräsentation und die Frage nach dem Souverän: Rousseau-Kant, Schiller-Humboldt* nach den Gefahren, die sich notwendig aus der Absage an jegliche Art von Vermittlung und Repräsentation ergeben. Diese Gefahren werden zunächst ausgehend von Rousseaus Republik erläutert. Kant gelingt es zwar im Anschluss an Rousseau im Rahmen seiner Transzendentalphilosophie bedeutende Differenzierungen vorzunehmen. Doch auch „die methodischen Wendungen Kants“ (Cassirer) bereiten angesichts fehlender Einheit in der phänomenalen Welt der Frage nach dem Wie politischer Praxis Probleme. Der Souverän muss

bei Kant „(ein das gesamte Volk vorstellendes) Gedankending“ bleiben. Im Anschluss an Kant versucht Schiller das politische Problem auf ästhetischer Ebene zu lösen, indem er die Kunst als reflexive Vermittlungsinstanz zwischen Ideal und Wirklichkeit in Betracht zieht. Allerdings führt Schiller die Erkenntnis, dass das Schöne im Grunde genommen realitätslos und inhaltsleer ist, zur Ausarbeitung seiner Theorie des Erhabenen, mit welcher er an der Grunderfahrung der Entzweiung festhält. Humboldts Liberalismus weist wiederum – trotz aller fundamentalen Unterschiede (die gesellschaftliche Teilung, die Rousseau in jeder Hinsicht als Bedrohung der Einheit des « corps social » empfindet, stellt für Humboldt gerade die Voraussetzung individueller Bildung und Freiheit dar) – eine strukturelle Gemeinsamkeit mit dem Republikanismus Rousseaus auf. Für beide erübrigen sich jegliche Formen von Vermittlung und Repräsentation, woraus sich die Vorstellung des direkten Zugriffs einer rein selbstreferentiellen Macht auf die Wirklichkeit ergibt. Der Beitrag schlägt daher etwas provokativ vor, die Anerkennung der äußeren sowie inneren Teilung als „Tugend“ (Lefort spricht von « vertu de la discorde ») zu betrachten. Denn die Verkennung der Teilung muss unwiderruflich zur Illusion einer präsenten souveränen Macht *innerhalb* der Gesellschaft führen, die den gesellschaftlichen Raum zerstört und damit auch das Politische verunmöglicht.

Gerard Raulet

#### *Schwierigkeiten mit dem Nicht-Repräsentierbaren*

Das Referat von Gérard Raulet bildete die Fortsetzung der Reflexion über die „gilets jaunes“-Bewegung, die er auf dem vorigen Treffen in Luxemburg präsentiert hatte. Aufgrund der Feststellung, dass das Repräsentationsmodell es nicht mehr schafft, zwischen den Erwartungen von unten und dem Verwaltungsstil von oben eine Brücke zu schlagen und mehr oder weniger friedlich zu vermitteln, setzte er wieder den Akzent auf die theoretischen Ansätze, die diesem Kommunikationsdefizit Rechnung zu tragen versuchen. Nach den „non representational theories“, die wenigstens diagnostischen Charakter besitzen, zog er Theorien des Konfliktes (Simmel, Coser, Dahrendorf, Lyotard) heran, um die Hypothese einer Vergesellschaftung zu erkunden, die über andere Wege verläuft und zustande kommt als der zum Standard „demokratischer“ Verhältnisse gewordene vermeintliche Konsens.

Die Proteste, mit denen wir in letzter Zeit zu tun gehabt haben, sprengen diesen Denkrahmen. Sie dienen zwar zur expressiven Aggressivitätsentladung, aber sie streben auch ein Ergebnis an, *das sie bloß nicht zu formulieren imstande sind* – oder nur in exzessiven Worten und Formen. Sie haben Schwierigkeiten mit der Repräsentation und mit dem Unrepräsentierbaren, das sie verkörpern. Es handelt sich zwar um Verteilungskonflikte, um Konflikte wegen des Mehr-oder-Weniger der Teilnahme am nationalen Reichtum (wobei auf der Seite der regierenden Eliten seit Jahrzehnten nur von einer Teilnahme am Defizit, den Staatsschulden, die Rede ist, was schon einen genügenden Grund darstellt, aus dem Konsensdiskurs auszubrechen), aber es ist auch mehr als das. Damit drängt sich die Frage auf, ob der in Frage stehende Konfliktrahmen ein eigentlich teilbarer Konfliktgegenstand ist.

Honneth hat zweifach recht. Gegen Charles Taylor und gegen Nancy Frazer. Anerkennung lässt sich nicht auf Umverteilung reduzieren, aber die Entwicklung der demokratischen Repräsentationsproblematik führt auch nicht einfach von der Anerkennung rechtlicher (bloß juridischer) Ansprüche zur Anerkennung von kulturellen Forderungen, wie Taylor es behauptet hat. Alle drei Aspekte gehören zusammen: Der republikanische Vertrag beruht zugleich auf zivilen (bürgerrechtlichen), politischen (freiheitsrechtlichen) und sozialen Werten. Die Bewegung der gelben Westen hat diese Dreieinigkeit der Republik wieder geltend gemacht.

Johan van der Walt

*Die liberale Demokratie und ihre Grundlagen (Böckenförde, Lefort, Agamben)*

*The Foundations of Liberal Democracy : Böckenförde, Lefort, Agamben*

This contribution concerned the way in which key elements of the work of Ernst-Wolfgang Böckenförde, Claude Lefort and Giorgio Agamben contribute to an understanding of the foundations of liberal democracy. The separation between the real and the symbolic that Lefort describes as a difference beyond difference of opinion – “une différence ... par-delà celle des opinions” – is central to the understanding of liberal democracy. The main aim was to look into the ways in which Böckenförde’s paradoxical dictum – “the liberal democratic states lives from conditions that it cannot guarantee” – and Agamben’s endeavour to replace or stabilize Aristotle’s potentiality-actuality distinction with reference to St. Paul’s instruction to the early Christian communities to “live under the law as if not under the law”, contribute to a better understanding of the separation between the symbolic and the real that Lefort considers essential for liberal democracy. The aporia that looms large in both Böckenförde’s and Lefort’s engagement with the fundamental paradox that confronts liberal democracy concerns the general crisis that befell immanence when transcendence evaporated along with the Aristotelian world view in the course of the 14th century. Christianity offered an alternative to Aristotelian transcendence, but it only did so for as long as the Christian world view prevailed. But the Christian world view itself fell apart – this is Böckenförde’s narrative – and its political essence could only be sustained by transferring the figure of Christ to the people itself – as Lefort’s narrative continues. It is against this background that my presentation explored Agamben’s renewed endeavour – with reference to the Pauline message to the early Christians “to live under the law as if not under the law – to rely on Christian transcendence for purposes of addressing the gap – the big black hole – with which the demise of the Aristotelian world left the modern political imagination.

Bruno Quélenec

*Antisemitismus als autoritäre Revolte*

In letzter Zeit wird in Europa wieder zunehmend kontrovers über Antisemitismus diskutiert. Diese Debatte flammt zwar seit den frühen 2000er Jahren immer wieder auf, hat aber im Kontext der neueren Ereignisse in Frankreich und in Deutschland eine neue mediale Intensität erreicht.

Ein linker Intellektueller wie Enzo Traverso sieht zum Beispiel den Judenhass als ein rückläufiges Phänomen in Europa. Nach dieser Interpretation ist der Antisemitismus nicht mehr integraler Bestandteil der westlichen nationalistischen Ideologien. Die Juden seien heute in Europa „integriert“ und Teil der Mehrheitsgesellschaft, sodass Gewalttaten gegen die Juden lediglich auf den israelisch-palästinensischen Konflikt zurückzuführen seien. Der Platz des „Anderen“ würde heute nicht mehr von den Juden, sondern von den Muslimen besetzt. Es sei daher kein Zufall, wenn anti-muslimische Rassisten ihre Stereotypen aus einem diskursiven Repertoire hervorzögen, das lange nur gegen Juden ins Spiel gebracht wurde.

Im Gegensatz dazu machen andere Intellektuelle auf die *Transformationen* des zeitgenössischen Antisemitismus aufmerksam. Der Judenhass sei auf keinen Fall aus Europa verschwunden. Die sozialen Gruppen, die den Antisemitismus tragen, hätten sich lediglich verändert; antisemitische Akte werden nämlich seit den 2000er Jahren nicht nur von der radikalen Rechten begangen, sondern auch von Menschen mit Migrationshintergrund, die selbst Opfer von Rassismus sind. Heute würde sich der Antisemitismus – so die These – hauptsächlich in der Sprache des Antizionismus und des postkolonialen Antirassismus ausdrücken. Pierre-André Taguieff prägte in Frankreich den Begriff der „nouvelle

judéophobie“, um diese neue Form des Judenhasses zu charakterisieren und polemisiert gerne mit anderen – eher konservativen – Intellektuellen gegen die (linke) „Blindheit“ gegenüber dem muslimischen Antisemitismus inner- und außerhalb des europäischen Raums.

Beide Positionen scheinen mir auf je spezifische Weise problematisch zu sein. Während die Theoretiker der „neuen Judeophobie“ oft orientalistische oder rassistische Stereotypen reproduzieren und das Problem des Antisemitismus externalisieren, bzw. in ein „Islamproblem“ transformieren, vergessen die Verteidiger der „Ablösungsthese“, dass die „Integration“ der Juden in die europäische Moderne, historisch gesehen *kein* Ende des Antisemitismus bereitete. Ganz im Gegenteil: viele Studien belegen, dass die „Assimilation“ der West-Juden im 19. Jahrhundert mit dem Übergang vom christlichen Antijudaismus zum modernen (völkischen) Antisemitismus einherging. Darüber hinaus führt diese Spaltung zu einer problematischen und unfruchtbaren „Lagerbildung“ zwischen jenen, die sich gegen Antisemitismus engagieren, und den anderen, die gegen Rassismus aktiv sind. Wie Sina Arnold festgestellt hat, ist diese Konstellation „nicht selten von einer ‚Eskalationsdynamik‘ begleitet, begründet in einem konkurrierenden Denken“.

In diesem Vortrag konnte es nicht darum gehen, diese polemischen Fragen zu lösen, sondern nur darum, begriffliche Unterscheidungen und Präzisierungen vorzunehmen. Dabei hat Quélenec vor allem auf die *Unterschiede* zwischen modernem Antisemitismus und anderen Rassismus-Formen insistiert, ohne jedoch zwischen beiden zu hierarchisieren. Moderner Antisemitismus kann zwar als eine Form von Rassismus verstanden werden, wenn man mit einer sehr allgemeinen Definition operiert. Die Singularität des modernen Antisemitismus zeigt sich jedoch recht schnell, sobald man sich für die von den anti-jüdischen Ideologien erfundenen „Differenzen“ interessiert. In dem Vortrag wurden drei „Strukturprinzipien“ erläutert, die Antisemitismus klar vom Rassismus trennen : a) die Identifizierung der Juden mit Macht und Herrschaft, b) die Identifizierung der Juden mit der „Moderne“, c) die Konstruktion der Juden als anti-nationales Prinzip.

Christian Bermes

### *Diagnosen der „Sprachverrohung“ und die Frage nach der Repräsentation*

Der Vortrag zeigt an Beispielen den aktuellen Wandel der Sprach- und Debattenkultur in der deutschsprachigen Politik. Im Zentrum stehen Kommunikationsformen in digitalen Medien und populistische Äußerungen in und außerhalb der Politik. Diese werden mit Blick auf die Struktur der Repräsentation diskutiert und entschlüsselt. Zum logischen Kern der politischen Repräsentation dürfen mindestens zwei Momente gezählt werden: Erstens die Stellvertretung und zweitens die mediale oder symbolische Vermittlung. *Stellvertretung* lässt sich in dem Sinne verstehen, dass ‚im Namen von Anderen‘ und ‚im Angesicht von Anderen‘ das Wort ergriffen und gehandelt wird. Für die Politische Theorie und die Tradition der Auseinandersetzung um das Konzept der Repräsentation entstehen daraus wichtige Fragen, die u.a. die Legitimation der Stellvertretung, die Beschränkung der Machtausübung oder das Objekt und das Subjekt der Stellvertretung betreffen. *Symbolische Vermittlung* besagt, dass sich die Stellvertretung in Ordnungen des Symbolischen verwirklicht, wozu neben Institutionen auch – aber nicht nur – die Sprache gehört. Repräsentation vollzieht sich in Medien, nicht zuletzt im Medium der Sprache. Die Sprache als Medium schafft nicht nur Öffentlichkeit, sie vermittelt auch Distanz im Prozess der Stellvertretung.

Trennen sich die Momente der Stellvertretung und der Vermittlung, so kommt es in zweierlei Hinsichten zu, wie man es nennen könnte, Kurzschlüssen, die in populistischen Tendenzen der Politik zum Ausdruck kommen. Der *erste* Kurzschluss bezieht sich auf das Moment der Stellvertretung. Wird Stellvertretung nicht mehr durch Medien vermittelt, sondern durch Kommunikationstechniken kanalisiert, werden also Öffentlichkeit und öffentlicher Diskurs,

die Distanz schaffen, eliminiert, dann realisiert sich Stellvertretung als Gefolgschaft. Die politische Führung spricht nicht ‚im Namen von Anderen‘ und ‚im Angesicht von Anderen‘, sie setzt sich an die Stelle des Ganzen und ruft dieses Ganze (als Volk) auf. Der *zweite* Kurschluss bezieht sich auf das Moment der Vermittlung. Wird die politische und öffentliche Sprache funktional aus der Logik der Stellvertretung gelöst, dann reduziert sie sich auf die Kundgabe und Wiederholung von Stimmungen und Affekten. Symbolische Vermittlung ist dann keine Vermittlung im eigentlichen Sinne mehr, sondern Verstärkung und Übertragung. An die Stelle von Diskurs und Kritik tritt hier – wie man es nennen könnte – eine Art sich selbst verstärkender Prozess der Ansteckung von Sprachbildern oder Sprachaffekten.

Oliver Kohns

*Eine Krise der Öffentlichkeit: Protest, Populismus, „Neue Medien“*

Der Vortrag *Eine Krise der Öffentlichkeit: Protest, Populismus, „Neue Medien“* widmete sich der Frage, wie sich durch den Einfluss der ‚neuen Medien‘ – vor allem durch das Internet – das Konzept der Öffentlichkeit geändert hat, und wie in den Diskursen über Öffentlichkeit über diese Änderungen diskutiert wird. Der erste Teil des Vortrags kreist um die liberale Theorie der Öffentlichkeit als Wiederaufnahme des antiken „Forums“, wobei durch den Einsatz technischer Medien (insbesondere der Zeitung) eine Versammlung *aller* Mitglieder einer politischen Gemeinschaft ohne deren physische Gegenwärtigkeit ermöglicht wird. Mit Blick auf die politische Theorie Agambens wird im zweiten Teil des Vortrags die These entwickelt, dass das Konzept des ‚Volks‘ in der Moderne stets von einer Spaltung (in einen idealen und einen ausgeschlossenen Teil) charakterisiert ist. Diese Spaltung ist auch in Bezug auf das Publikum zu beobachten: Die Öffentlichkeit erweist sich als grundlegend dividiert. Im dritten Teil des Vortrags wird dann gezeigt, dass diese Muster der Spaltung noch aktuelle Diskurse über die Entwicklung der Öffentlichkeit im Zeitalter des Internets bestimmen. Das Internet beeinflusst die politische Öffentlichkeit der Gegenwart durch zwei Tendenzen: erstens durch eine prinzipielle Anonymisierung der Kommunikation, zweitens durch die Ausschaltung bzw. Umgehung von ‚Gatekeeper‘-Funktionen (Redakteure, Herausgeber). Diese Einflüsse können weder einfach als utopische Verwirklichung der idealen Öffentlichkeit noch als deren finale Zerstörung angemessen begriffen werden: In beiden Fällen werden lediglich hergebrachte Deutungsmuster unreflektiert wiederholt.

Nikola Mirković

*„Untätige Gauner“ und „junge Mädchen“. Über Alexandre Kojèves Überlegungen zur Kultur am „Ende der Geschichte“*

Der Beitrag ging vor der Diagnose aus, dass sich Philosophen und Intellektuelle im 20. Jahrhundert häufig skeptisch gegenüber politischen Protestbewegungen geäußert haben. Dies trifft etwa auf Theodor W. Adorno, auf Hannah Arendt, aber auch auf Alexandre Kojève zu. Im Falle Kojèves ist diese Skepsis durch ein Geschichtsverständnis motiviert, das aus einer spezifischen Aneignung von Hegels Geschichtsphilosophie hervorgeht. Kojèves Interpretation der These des „Endes der Geschichte“ ist in den 1990er Jahren durch die Schriften von Francis Fukuyama prominent geworden. Fukuyamas Standpunkt unterscheidet sich jedoch von demjenigen Kojèves. Während Fukuyama die hegelianische These auf den Zusammenbruch des Ostblocks bezieht und materialreich ausbuchstabiert, lässt sie sich mit Kojève als Motiv einer formalen Geschichtsphilosophie begreifen. Sie wird Bedingung von Erkenntnis. Die Geschichte von ihrem Ende her zu betrachten, so als ob man nicht selbst durch die Historizität der eigenen Perspektive bedingt sei, ermöglicht überhaupt erst die Einordnung und Bewertung von gesellschaftlichen Entwicklungen. Vor diesem Hintergrund

lassen sich die Romanrezensionen Kojèves aus den 1950er und 1960er Jahren als ironisch gebrochene Beispiele eine post-historischen Kulturkritik interpretieren. Die Romane Françoise Sagans und Raymond Queneaus markieren für Kojève den Übergang in eine Welt der „untätigen Gauner“ und der „jungen Mädchen“. Es handelt sich um eine Welt selbstzweckhafter Praxis, in der Politik im emphatischen Sinne obsolet geworden ist. An ihre Stelle tritt die Verwaltung.

Katrin Becker

### *Die Commons als Protest – zwischen Präsenz und Repräsentation*

In ihrem Vortrag „Die Commons als Protest – zwischen Präsenz und Repräsentation“ widmet sich Katrin Becker der aktuell neu an Bedeutung gewinnenden Commons-Bewegung. Das gegenwärtige Auflösen von traditionellen Repräsentationsstrukturen geht einher mit dem Wegfall von Präsenz (Körper, Corpus, Nomos) – und dagegen wendet sich das Commoning. Nicht nur in Blockade- und Besetzungsaktionen, sondern auch in längerfristig angelegten, gemeinschaftlich ökonomischen oder politischen Projekten wird maßgeblich auf Präsenz – und das Ablehnen von Repräsentation – gesetzt. Dies impliziert bzgl. der Mitglieder, der Orte, der Regeln eine Schwellennatur, die jedoch zugleich der Aspekt ist, der das Heranwachsen von Commons-Projekten zu gesellschaftlichen Gegenentwürfen verhindert. Repräsentation ohne Präsenz verkommt zu einer Strukturform, die an Menschlichkeit verliert. Doch verstetigte Formen gesellschaftlicher Organisation, die das in reiner Präsenz verharrende Protestmoment überschreiten wollen, bedürfen der Repräsentation, bedürfen einer Rechtsstruktur (und damit einer Grenze), die sich mit der Schwellennatur der Commons-Projekte nicht vereinbaren lässt. Es bedarf des Auslotens des Verhältnisses zwischen Präsenz und Repräsentation, das von der Commons-Bewegung um wichtige Ansätze bereichert wird.

### Veröffentlichungen, die im Rahmen des Projektes entstanden sind:

- Becker, Katrin: Die Humanities und die Rechtsbindung: Über die de- und rekonstruktive Macht geisteswissenschaftlicher Diskurse. In: *The End of the Humanities*, Luxemburg, Melusina Press“ (online), in Vorb.
- Becker, Katrin: Digitalisierung als soziale Distanz. Körperliche Präsenz als Kern demokratischer Präsentation. In: *Die politische Meinung*, Konrad-Adenauer-Stiftung (im Druck).
- Becker, Katrin: *La technologie blockchain et les tendances de la coroporeisation en droit et culture*, *Pistes. Revue de philosophie contemporaine*, Nr. 1, Paris: Librairie Philosophie J. Vrin, Dezember 2020.
- Mirkovic, Nikola: ‚Untätige Gauner‘ und ‚Junge Mädchen‘. Zur Ästhetisierung von Lebenswelten in Kojèves Auffassung des Posthistoire, *Zeitschrift für Kulturphilosophie*, 2020/1, S. 105-113.
- Mirkovic, Nikola: Rezensionartikel zur jüngst erschienen deutschen Übersetzung von Kojèves Abhandlung über den Begriff der Autorität. <https://www.merve.de/index.php/book/show/537>
- Pause, Johannes: Capturing Backstage. Representations of Democracy in Hollywood Cinema. In: *Frames Cinema Journal* 15, 6/2019: Cultural Memories and National Ideologies. Exploring Political Myths Through Cinema. <http://framescinemajournal.com/article/capturing-backstage-representations-of-democracy-in-hollywood-cinema/>
- Pause, Johannes: Der stumme Chor des Volkes. Hollywood und die Bühnen politischer Repräsentation. In: Dembeck, Till/Fohrmann, Jürgen (Hgg.): *Popularität und Populismus*, Göttingen: Wallstein (in Vorb.)
- Pause, Johannes: Für andere sprechen. Die Politik der Übersetzung in *The Interpreter* und *Arrival*. In: Gradinari, Irina/Ritzer, Ivo (Hgg.): *Medienwissenschaft und Critical Race Theory*. Wiesbaden: Springer (im Druck).

- Quélenec, Bruno: Éléments pour une théorie politique critique de l'antisémitisme. <https://www.fondationshoah.org/sites/default/files/1%20-%20Recherche/textesBoursiers2020/Qu%C3%A9lenec.pdf>
- Quélenec, Bruno: L'antisémitisme « secondaire » ou « à cause » d'Auschwitz. Un phénomène spécifique à l'Allemagne ?, Le Cercle de la Licra, 31.8.2020. <http://www.lecercledelalicra.org/blog/lantisemitisme-secondaire-ou-a-cause-dauschwitz-un-phenomene-specifique-a-lallemagne-par-bruno-queleenec-historien-des-idees/>
- Raullet, Gérard: Einleitende Gedanken zur politischen und sozialen Repräsentation. Als Einführung aufgenommen in: Ders., Politik des Ornaments, Münster: Westfälisches Dampfboot, 2020.
- Raullet, Gérard: Demokratischer Umbruch – Zur Krise der Repräsentation in Frankreich, *Sozialwissenschaftliche Literatur-Rundschau* 1/2020, 90-101.